

Antrag A14-ÄA1: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 64

64 ~~Gute Bildung ist für uns mehr als ein dreistufiges Schulsystem~~

Zeile 65 - 67

65 ~~Gute Bildung findet an einem Ort statt, an dem sich alle wohlfühlen und in einem~~
66 ~~System, in dem nicht bereits in der Mitte des 4. Schuljahres über die Zukunft eines~~
67 ~~Kindes entschieden wird.~~

Gute Bildung bedeutet für uns junge Menschen umfassend und bedarfsorientiert auf die Herausforderungen des zukünftigen Lebens vorzubereiten und ihnen Kompetenzen für ihr Leben an die Hand zu geben. Gute Bildung ist die Grundlage einer guten Zukunft. Dabei steht uns als Gesellschaft die frühe Selektion in der Mitte der 4. Klasse in vermeintlich leistungsstarke und leistungsschwache Menschen durch das dreigliedrige Schulsystem im Weg. Wir wollen dieses überwinden und stattdessen längeres gemeinsames Lernen durch flächendeckende Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse realisieren.

Begründung

Das dreigliedrige Schulsystem wurde zu recht nach dem 2. Weltkrieg von der Sowjetunion abgeschafft und auch von den restlichen Siegermächten als unsozial und gesellschaftlich spalterisch angeprangert. Nicht nur, dass vor allem Menschen aus niedrigeren Einkommensschichten wesentlich geringere Chancen auf einen Gymnasialplatz haben, auch verschwenden wir durch die frühzeitige Selektierung Talente, welche sich erst später entwickeln. Dabei dient das Gymnasium als Elitenrekrutierung und die Hauptschule als Abschiebeort für vermeintlich Lernschwache. Unsere Aufgabe hingegen muss es sein, Menschen zusammen zu führen, sie zu ermutigen, von einander zu lernen und die Stärken und Schwächen von Einzelnen zu sehen und zu nutzen. Klassenverbände von der 1. bis zur 10. Klasse weisen außerdem eine viel höhere soziale Bindung auf und erlauben sowohl Mitschüler*innen als auch Lehrpersonal intensiver auf individuelle Bedürfnisse einzugehen.

Antrag A14-ÄA2: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 68 - 69

~~68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr~~

~~69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.~~

Gute Bildung kann nur an Orten stattfinden, die ausreichend mit gut geschultem pädagogischem Personal, moderner Ausstattung und mit einer kind- und jugendgerechten Umgebung bestückt sind. Dabei sehen wir uns immer noch massiven Problemen gegenüber. Die Ausbildung des zukünftigen Lehrpersonals muss überholt und stärker an den pädagogischen Bedarfen der Schüler*innen ausgerichtet, sowie attraktiver für Studierende und Seiteneinsteiger*innen gestaltet werden. Immer noch muss eine große Anzahl an Schulgebäuden saniert und an die jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Dabei geht es nicht nur um Digitalisierung, sondern ebenso darum Lebens- und Lernorte zu schaffen, an denen sich Kinder entfalten und auf ihre Stärken und Schwächen eingegangen werden kann.

Begründung

Wenn „gute Bildung“ für uns keine „Floskel“ sein soll, dann müssen wir es unterfüttern. Gern mit ehrgeizigen Zielen. Dabei müssen wir sowohl dafür Sorgen, dass sich das Lehrpersonal in der Lage fühlt, guten und individuellen Unterricht zu führen, als auch Sorge tragen, dass Kinder in einem guten Umfeld auf optimale Lernbedingungen treffen. Vieles von dem Vorgesprochenen ist weder Hexenwerk noch neu, sondern seit vielen Jahrzehnten Teil von guter Bildungspolitik. Sei es in einigen skandinavischen Ländern oder auch in manchen privaten Schulen wie Jenaplan, Montessori oder auch freien Schulen.

Antrag A14-ÄA3: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69

68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr

69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Unserer Überzeugung nach sollte die Polytechnische Ausbildung wieder eine stärkere Rolle einnehmen. Menschen mit umfassendem Wissen über technische Zusammenhänge können die Welt von heute in ihren Grundzügen besser begreifen. Gleichzeitig wollen wir auf eine zunehmende Entschlackung der Lehrpläne hinwirken, um sich intensiver entwicklungsrelevanten Themen widmen zu können. Dabei wollen wir den Anteil von begleitendem sozialpädagogischen Personal erhöhen und Schrittweise die Klassengröße überall auf maximal 20 Kinder reduzieren.

Begründung

Die zunehmende Entfernung der Schüler*innen von praktischer Arbeit, macht es handwerklichen Berufen immer schwieriger Auszubildende zu finden. Durch die wieder Einbeziehung von handwerklichem Wissen in die Grundausbildung, gestaltet sich nicht nur der Schulalltag abwechslungsreicher, sondern erhöht sich auch das Verständnis, woher die Dinge um uns herum kommen.

Natürlich geht dies nicht on top auf den ohnehin schon vollen Lehrplan. Diesen zu entschlacken und auf wesentliches zu beschränken ist ohnehin lange überfällig. Nicht jeder Mensch muss alles wissen. Stattdessen sollte vermehrt auf ein breit gefächertes Basiswissen gesetzt werden.

Es hat sich gezeigt, dass Lernen und Erfahren besser funktioniert, je individueller der Unterricht gestaltet werden kann. Dabei kommt es sowohl bei Lehrpersonal als auch bei Schüler*innen aufgrund von Stress zu Überforderungen. Gerade weil der Druck, auch durch die immer voller werdenden Lehrpläne und die großen Klassen immens ist. Deshalb ist zusätzliches sozialpädagogisches Personal, um individuelle Probleme besser besprechen zu können, dringend nötig.

Antrag A14-ÄÄ4: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 69

68 Gute Bildung ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern soll sich auch in immer mehr

69 Schulgebäuden widerspiegeln, die den Ansprüchen von heute entsprechen.

Wir wollen eine Schule als Ort der Demokratie. Dies meint nicht nur den Ausbau politischer Bildung im Lehrplan (auch bereits in jüngeren Jahrgängen), sondern ebenso die Demokratisierung der Strukturen und des Zusammenlebens an den Schulen.

Begründung

Die zunehmenden Angriffe auf unsere Demokratie und die fehlende Akzeptanz von demokratischen Prozessen in der Bevölkerung machen es notwendig, Demokratie noch mehr als bisher zu den Menschen zu bringen.

Dabei wollen wir verkrustete Demokratiestrukturen aufbrechen und mehr Demokratie wagen.

Denn Schulen als erste Orte im Leben, im denen Entscheidungsprozesse demokratisch gestaltet werden können, brennen sich im das Leben junger Menschen ein. Dort sehen sie, ob und wie Demokratie funktionieren kann und wie man sich einbringt, damit auch Ergebnisse entstehen. Das in vielen Teilen unseres Bildungssystems noch mit stark hierarchischen Strukturen gearbeitet wird, schlägt sich auch oftmals in den Lebensweisen der Menschen im späteren Alter nieder. Die Chance die Menschen schon frühzeitig an demokratische Prozesse zu gewöhnen, ist gerade in der Schule möglich und wichtig.

Antrag A14-ÄA5: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 70 - 77

~~70 Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund
71 beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme
72 und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie
73 Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-
74 Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche
75 Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen
76 Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule
77 können nicht die Lösung sein.~~

Das alles sind ehrgeizige Ziele, die viel Mut, Kraft und vor allem auch Geld bedürfen. Bildung ist für uns Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen Infrastrukturen im Bildungsbereich. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule können nicht die Lösung sein.

Begründung

Im Bezug auf all die Forderungen, ist es wichtig noch mal zu sagen, dass es nichts ist, was einfach so mal passieren kann, sondern dass es neben Geld auch Anstrengung und Willen bedarf.

Antrag A14_ÄA6: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	Björn Harras, Paul Gruber, Conni Müller
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 76

70 Schule ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Kosten sich auch der Bund
71 beteiligen muss. Moderne Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Kurzfristige Programme
72 und Finanzhilfen des Bundes sind dafür der falsche Weg. Gerade Bundesländer wie
73 Thüringen, die noch immer finanziell nicht mit den wirtschaftsstarken West-
74 Bundesländern mithalten können, brauchen eine dauerhafte und verlässliche
75 Mitverantwortung des Bundes bei der Finanzierung von Schulbauten und anderen
76 Infrastrukturen im Bildungsbereich. Deshalb fordern wir ein 100 Milliarden Sondervermögen für
Bildung durch den Bund. Denn damit können die dringend notwendigen Sanierungen und
Modernisierungen im Bildungsbereich angegangen und gleichzeitig eine Neuaufstellung der
Pädagoginnenausbildung angegangen werden. Dafür fordern wir die Wiedereinführung der
Vermögenssteuer, welche zweckgebunden zur Stützung dieses Sondervermögens eingesetzt werden
soll. Bürokratische Monster wie der Digitalpakt Schule
77 können nicht die Lösung sein.

Begründung

Ein konkreter Vorschlag, wie die Kosten gestemmt werden sollen, ist hier wichtig. Die immer größere Ansammlung von Geld in den Händen weniger macht eine sinnvolle Investitionspolitik in notwendige Bereiche zusehends schwieriger. Die zumindest theoretische Kopplung der Vermögenssteuer an das Bildungssystem macht es außerdem schwieriger, sich vor dieser Steuer zu drücken, da sich dies aktiv gegen dringend notwendige Investitionen in die Zukunft richten würde.

Antrag A14-ÄÄ7: Änderungsantrag zu A14

Änderungsantrag zu A14

Antragsteller*in:	LAG Betrieb und Gewerkschaft
Status:	in Bearbeitung
Antragsblock:	Allgemein

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 43

42 Das reicht uns noch nicht aus, wir sind noch auf dem Weg. Wir wollen einen

43 Sozialstaat im Thüringer Modell.

Das heißt für uns:

- Beitragsfreie frühkindliche, Schul- und Erwachsenenbildung sowie außerschulische Jugendbildung
- Lernmittelfreiheit
- kostenfreier ÖPNV
- kostenfreie Freizeitangebote und Angebote der Kinder- und Jugenderholung
- längeres gemeinsames Lernen an einer Schule mit binnendifferenzierten Unterricht und der Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion

Begründung

Der Begriff „Sozialstaat im Thüringer Modell“ und der Bezug der nächsten Absätze zu diesem Konzept bleiben uns im Antrag zu unklar. Für die bessere Übersicht und das Verständnis des Konzepts schlagen wir vor, die Auflistung den folgenden Absätzen voranzustellen.